



Änderungsanträge zum Leitantrag für den SPD-Landesparteitag „Eine moderne Energiepolitik für Mecklenburg-Vorpommern“

Nach Zeile 131 wird eingefügt:

- Das Kerngeschäft der Erneuerbaren-Energien-Branche bietet für Fachkräfte eine Vielzahl interessanter Jobs, z. B. Forschung und Entwicklung, Planung und Beratung, Service und Montage, Produktion und Wartung. Daneben werden im Umfeld der Branche immer mehr Spezialist/innen benötigt, z. B. Architekt/innen, Biolog/innen für die Erforschung von Bioenergeträgern, Jurist/innen für die Beratung bei neuen Geothermie-Vorhaben, Landwirt/innen für die Erzeugung von Biomasse, Kaufleute für Verwaltung, Vertrieb und Marketing. Weitere interessante und neue Tätigkeitsfelder eröffnen sich in Bereichen wie Energiesparen und Energieberatung, Umweltbildung oder Elektromobilität. D. h., es werden zukünftig in MV viele Fachkräfte benötigt. Bislang profitieren davon jedoch vor allem die männlichen Arbeitskräfte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Erneuerbare-Energien-Branche als Arbeitsmarkt für alle betrachtet wird und vor allem für Frauen eine zukunftsweisende Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern aufgezeigt.

In Zeile 196 wird eingefügt:

Wir werden darauf hinwirken, dass sich die Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien den zu erwartenden Fachkräftebedarf schnell und effizient anpassen, um so auch einer möglichen Abwanderung zukünftiger weiblicher und männlicher Fachkräfte entgegenzuwirken.

Begründung:

Unter Federführung der SPD wurde vor einiger Zeit die Energiewende in MV ausgerufen – weg von fossilen Brennstoffen, hin zu Erneuerbaren Energien. Und das nicht ohne Grund.

Mecklenburg-Vorpommern bietet gute natürliche Voraussetzungen - viel Wind sowie Freiflächen für die Errichtung von Solar- oder Windkraftanlagen und den Anbau von Biomasse. Über die Hälfte des Strombedarfs in MV werden bereits heute durch die erneuerbaren Energien abgedeckt. Und dieser Anteil wird bis 2020 noch einmal signifikant steigen.

Erneuerbare Energien sind Wachstumsbranche und Jobmotor. Prognosen sagen, dass die Beschäftigtenzahl von 7.500 im Jahr 2009 auf 30.500 im Jahr 2020 steigen wird. Das ist ein Plus von 400 %! Gebraucht werden Akademiker/innen genauso wie Fachkräfte aus dem Handwerk und gewerblich-industriellen Bereich.

Dabei geht es um eine Vielzahl von interessanten Jobs – in Forschung und Entwicklung, Planung und Beratung, Service und Montage, Produktion und Wartung. Zusätzlich werden immer mehr Spezialist/innen benötigt, z. B. Biolog/innen für die Erforschung von Bioenergieträgern, Jurist/innen für die Beratung bei neuen Geothermie-Vorhaben, Landwirt/innen für die Erzeugung von Biomasse, Kaufleute für Verwaltung, Vertrieb und Marketing. Weitere Tätigkeitsfelder eröffnen sich in Bereichen wie Energiesparen und Energieberatung, Umweltbildung und Elektromobilität.

All diese Entwicklungen sind Chancen, bislang allerdings vor allem für männliche Arbeitskräfte. Der Frauenanteil unter den Beschäftigten liegt zwischen 14 % (Geothermie) und 33 % (Solarenergie). Für uns steht jedoch fest, dass die Erneuerbare-Energie-Branche als Arbeitsmarkt für alle betrachtet werden muss und vor allem für Frauen eine zukunftsweisende Perspektive in MV aufzeigt. Ein erster Schritt ist der Girls Day, der 2012 unter der Überschrift „Erneuerbare Energien“ steht. Eine nächste Maßnahme wäre die schnelle und effiziente Anpassung der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, z. B. auch durch das Auflegen von entsprechenden Frauenstudiengängen. Wir müssen jetzt die weiblichen und männlichen Fachkräfte ausbilden, die wir bis 2020 benötigen. So kann der Abwanderung junger, gut gebildeter Frauen und Männer aus unserem Land entgegengewirkt werden.

Denn „Eine moderne Energiepolitik für Mecklenburg-Vorpommern“ umfasst mehr als Investitionen in Forschung und Beton, sie investiert auch in die Menschen.



Mobilität im ländlichen Raum

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es von herausragender Bedeutung, dass Fach- und Arbeitskräftepotenziale insbesondere in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns gesichert und neu erschlossen werden. Eine der größten Reserven liegt in der Steigerung der Erwerbsbeteiligung und der Erhöhung des Arbeitsvolumens von Frauen.

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Minister/innen werden aufgefordert, das Thema „Mobilität im ländlichen Raum“ stärker in den Fokus zu nehmen und die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ mit der Bearbeitung der Thematik und dem Aussprechen von Empfehlungen zu beauftragen.

Mögliche Handlungsansätze könnten sein:

- verbesserte und bedarfsgerechte Angebote des ÖPNV erzielen
- alternative Mobilitätskonzepte (Förderung von Modellprojekten, Ausweitung von Best-Practice, Einbeziehung in Maßnahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge)

Begründung:

„Mobil sein“ – lautet eine wichtige der vielen Anforderungen, die die moderne Arbeitswelt an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen sind in ländlichen Räumen nicht zu vergleichen mit denen großstädtischer Ballungsräume. Dort ermöglichen vergleichsweise kurze Wege und ein engmaschiges Netz aufeinander abgestimmter Beförderungsangebote der Bevölkerung eine nahezu uneingeschränkte Mobilität.

In einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern fällt es ungleich schwerer, in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen die zum Erreichen von Arbeits- und Bildungsstätten und zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge erforderliche Mobilität zu gewährleisten. Dabei ist Mobilität eine grundlegende Voraussetzung für die chancengleiche Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben.

Vor dem Hintergrund abnehmender Bevölkerungszahlen und zunehmenden Fachkräftemangels rückt deshalb das Thema Mobilität immer mehr in den Fokus der Akteurinnen und Akteure im Land. So hat die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns Initiativen und Projekte aufgelegt, die unter anderem darauf abzielen, Menschen mit Mobilitätsdefiziten in ländlichen Räumen die Teilnahme am Erwerbsleben zu erleichtern.

Busse und Bahnen sind für die meisten Menschen auf dem Land keine Alternative zum Auto. Schlechte Anbindungen und ungünstige Fahrzeiten machen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in ländlichen Regionen unattraktiv bzw. als alleiniges Mobilitätsangebot unzureichend. Zudem gibt es ein geschlechterdifferenziertes Mobilitätsverhalten gibt, d. h. Frauen und Männer sind von Mobilitätseinschränkungen unterschiedlich betroffen.